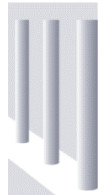


Internationaler Nürnberger Menschenrechtspreis 2005

Verleihung am Sonntag, 25. September 2005

Statement von **Frau Hina Jilani**, Sonderbeauftragte des UN Generalsekretärs Kofi A. Annan zur Situation von Menschenrechtsverteidigern



Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Sonntag, 25. September 2005, 11.00 Uhr

Internationaler Nürnberger Menschenrechtspreis

25. September 2005

Liebe Freunde, meine Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass ich beim zehnten Jahrestag des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises anwesend sein kann. Ich danke den Organisatoren für diese Gelegenheit und für das Privileg, hier vor einer Versammlung von Menschen zu sprechen, die sich für den Schutz der Menschenrechte engagieren. Zunächst möchte ich jedoch Frau Tamara Chikunova dazu gratulieren, dass sie in Anerkennung ihres unermüdlichen Kampfes für den Schutz und die Durchsetzung der Menschenrechte mit diesem angesehenen Preis ausgezeichnet wurde.

Menschenrechtsverteidiger sind grundlegend wichtige Akteure bei jeder Bemühung, die internationalen Rahmenbedingungen der Menschenrechte durchzusetzen. Ohne den Beitrag der Menschenrechtsverteidiger kann keine Demokratie aufgebaut, gefördert oder bewahrt werden, lassen sich internationaler Frieden und internationale Sicherheit nicht wahren, lässt sich kein auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichteter Entwicklungsplan aufstellen.

Zwar entwickelt sich die Achtung für Menschenrechte in offiziellen staatlichen Strukturen nur langsam, hat vielleicht in einigen Fällen gar Rückschläge erlitten, doch die Zivilgesellschaft setzt sich mit großer Entschlossenheit gegen autoritäre Systeme und Unterdrückung zur Wehr. Schon lange spielen Akteure aus der Zivilgesellschaft eine ungeheuer wichtige Rolle, wenn es darum geht, den Staat dazu zu bringen, das Konzept der Teilhabe an der Demokratie, der Transparenz und der Verantwortlichkeit anzuerkennen.

Das ist nicht einfach. Menschenrechtsverteidiger müssen Schmerzen und Leid ertragen und haben mit schrecklichen Bedrohungen ihres Lebens, ihrer Freiheit, ihrer Sicherheit, ihrer Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit zu kämpfen. Immer noch werden der gesamte Staatsapparat, tyrannische Gesetze und andere Unterdrückungsmechanismen gegen Menschenrechtsverteidiger eingesetzt, in dem Versuch, sie von ihrer wertvollen Arbeit zur Förderung der Menschenrechte abzuschrecken.

Überall auf der Welt werden Menschenrechtsverteidiger ermordet, sie verschwinden, sie werden illegal verhaftet und in Haft gehalten, sie werden gefoltert. Als Zermürbungstaktik werden in manchen Ländern fingierte Prozesse gegen Menschenrechtsverteidiger angestrengt. Dazu kommen noch Verleumdungskampagnen und negative Propaganda gegen ihre Arbeit. In vielen Fällen geht derlei Propaganda von staatlichen Einrichtungen aus und wird durch skrupellosen Gebrauch der Medien weit verbreitet. Einige Menschenrechtsverteidiger leben im selbst gewählten Exil, nachdem sie zum Schutz ihres Lebens oder ihrer Freiheit aus ihren Heimatländern fliehen mussten. Repressalien und Unterdrückungsmechanismen richten sich gegen Einzelpersonen und Gruppen, die Menschenrechtsverletzungen bei internationalen Einrichtungen angezeigt haben, einschließlich der UN-Einrichtungen für Menschenrechte.

Menschenrechtsverteidiger werden weiterhin in ihrer beruflichen Tätigkeit angegriffen, sei es als Rechtsanwälte, Journalisten und Ärzte, als Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen, die in verschiedenen Feldern der Menschenrechtsarbeit tätig sind, als Studenten, die Menschenrechtsaktivitäten durchführen oder als Verwandte der Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Sogar Beamte im öffentlichen Dienst, die als Richter, Ombudsleute, Staatsanwälte und Mitglieder nationaler Menschenrechtseinrichtungen tätig sind, wurden wegen ihrer Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte angegriffen. Während [in diesen Fällen] zumeist die Polizei und die Sicherheitskräfte für die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger verantwortlich sind, gehören zu den Tätergruppen auch nichtstaatliche Elemente und geheime Gruppierungen, die mit oder ohne Komplizenschaft des Staates vorgehen.

Menschenrechtsverteidiger, deren Arbeit gesellschaftliche Strukturen, wirtschaftliche Interessen, traditionelle Praktiken und die Interpretation religiöser Regeln in Frage stellen, haben es mit noch größeren Risiken zu tun. Insbesondere Frauen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, werden von verschiedenen gesellschaftlichen und privaten Akteuren attackiert, zum Beispiel von religiösen Gruppierungen und Einrichtungen, von Stammesälteren und Vorstehern von Religionsgemeinschaften, sogar von Mitgliedern ihrer eigenen Familie. Sie sind besonders gefährdet, werden besonders oft Opfer von Vorurteilen, von Ausgrenzung und öffentlicher Diffamierung, wenn sie sich für Frauenrechte einsetzen, und sie werden nicht nur von der Staatsmacht, sondern auch von anderen gesellschaftlichen Akteuren attackiert.

Grundlegende Fehler in den Plänen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die von vielen Staaten verfolgt werden, haben dazu geführt, dass Armut zunimmt und immer größere Bevölkerungsgruppen gesellschaftlich ausgeschlossen sind. Schwere Verstöße gegen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte haben sich inzwischen im staatlichen Handeln fest verankert. Es gibt einige Beispiele dafür, dass staatliche Zwangsmittel gegen Menschenrechtsverteidiger eingesetzt wurden, manchmal auf Anregung oder durch Druck von Seiten mächtiger Wirtschaftsinteressen. Oft wurde die Staatsmacht dazu benutzt, Volksbewegungen zu unterdrücken und die Stimmen des Protestes gegen die Verletzung von Rechten zum Verstummen zu bringen. Anführer von indigenen Bevölkerungsgruppen und anderen Minderheiten, Anführer von Armen, Umweltaktivisten und Globalisierungsgegner, Gewerkschaftsführer und Verteidiger der Rechte von Vertriebenen, Migranten und Flüchtlingen werden ebenfalls immer häufiger angegriffen. Diese Aktionen haben zunehmende öffentliche Ressentiments gegen die staatlichen Behörden hervorgerufen. Außerdem haben sie den Raum für den Dialog erheblich eingeschränkt, der die Wirtschaftspolitik und das Recht der Menschen auf eine sichere Umwelt, auf Kontrolle über ihre eigenen Rohstoffe und auf Arbeitsbedingungen ohne Ausbeutung miteinander vereinbaren möchte.

Die Schwächung des Rechtsstaates in vielen Ländern hat die Wahrscheinlichkeit schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte erhöht, insbesondere in Ländern, wo unzureichende, nicht wirklich repräsentative Demokratien herrschen, in denen es wenig oder gar keinen Raum für die Teilhabe der Bürger gibt, auch keine Verantwortlichkeit und keine Transparenz. [In diesen Ländern] sind Einrichtungen der Polizei und Strafverfolgung wenig effizient und korrupt, und die Unabhängigkeit der Justiz ist stark gefährdet. Interne Kontrollsysteme existieren entweder gar nicht, oder es ist ihnen nicht gelungen, die Übernahme von Menschenrechtsnormen in die Praktiken und Politik der staatlichen Institutionen durchzusetzen. Schwerwiegende Einschränkungen der Informationsfreiheit, der Freiheit der Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit, die insbesondere im Namen der Sicherheit oder der Integrität des Staates auferlegt wurden, haben in vielen Ländern dazu geführt, dass Menschenrechtsverteidiger nur begrenzten Zugriff auf Informationen oder Zugang zu Orten bekommen, an denen Rechte verletzt wurden. Diese Einschränkungen wirken sich stark darauf aus, wie die Menschenrechtsverteidiger die Funktionen des Überwachens, Berichtens und Eintretens für die Menschenrechte ausführen können.

In vielen Ländern bieten die nationalen Gesetze keinen ausreichenden rechtlichen Rahmen für die volle Verwirklichung und den vollen Genuss der Menschenrechte. Es gibt dort zahlreiche Gesetze, die mit internationalen Standards nicht kompatibel sind und die zu Werkzeugen geworden sind, mit deren Hilfe Staatsaktionen legitimiert werden, die Menschenrechte verletzen. Obwohl sie in der Verfassung garantiert sind, werden Grundrechte durch Gesetze eingeschränkt.. Diese Einschränkungen und die durch solche Gesetze ermöglichte Machtausübung werden weithin dazu benutzt, die Aktivitäten von Menschenrechtsverteidigern zu behindern und zu beschneiden. In vielen Ländern wird die Versammlungsfreiheit zunehmend durch Gesetze und Verordnungen eingeschränkt, die für die Registrierung, das Management, den Betrieb und die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen eine Vielzahl von einschränkenden Bestimmungen einführen. Derlei Praktiken und Gesetze werden angewandt, um bewusst und selektiv jenen NGOs legalen Status zu verweigern, die die Regierungspolitik kritisieren, und Menschenrechtsverteidiger waren daher gezwungen, ihre Arbeit ohne den

Schutz des Rechtes weiterzuführen, ihre Aktivitäten einzustellen und in einigen Fällen sogar aus ihrem Land zu fliehen.

In einigen Ländern bilden bewaffnete Konflikte, Kämpfe um das Selbstbestimmungsrecht und Demokratiebewegungen den Hintergrund für die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger. In unserem gegenwärtigen, von Sicherheitserwägungen dominierten Klima wird die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in einigen Ländern als Bedrohung der nationalen und internationalen Sicherheit hingestellt. Angesichts dieser bitteren Wirklichkeit müssen Menschenrechtsverteidiger feststellen, dass sie sich zunehmend in einem Belagerungszustand befinden.

Die Gefährdung durch den Terrorismus ist eine ernsthafte Bedrohung für Frieden und Sicherheit. Menschenrechtsverteidiger, die sich für Minderheitenrechte oder Frauenrechte einsetzen, die für religiöse Toleranz und das Zusammenleben verschiedener Religionen und Rassen arbeiten oder den Tendenzen des Ultranationalismus entgegentreten, waren die ersten Opfer des Extremismus und des Terrorismus. Diese Menschenrechtsverteidiger stehen in der vordersten Linie im Kampf gegen genau diese Tendenzen, weil sie die Normen des Friedens und der Demokratie als Grundvoraussetzungen für die Förderung, den Schutz und den Genuss der Menschenrechte erhalten wollen. Der Kampf der Menschenrechtsverteidiger gegen den Terrorismus hat lange vor den Ereignissen des 11. September 2001 in New York angefangen und war immer eine sehr sichtbare Menschenrechtsaktivität, gerade in jenen Teilen der Welt, wo der Terrorismus am stärksten verwurzelt ist. Und doch waren gerade diese Menschenrechtsverteidiger mit bei den ersten Stimmen, die darauf hinweisen, dass viele Anti-Terror-Maßnahmen die Normen der Menschenrechte aushöhlen. Gerade sie bestehen darauf, dass dem Imperativ der Sicherheit nicht gedient ist, wenn man dabei Menschenrechte verletzt, dass man diesen Imperativ nur durch Einhaltung der Menschenrechtsnormen verwirklichen kann.

Menschenrechtsverteidiger konnten einen direkten Zusammenhang zwischen der Schwere von Menschenrechtsverletzungen und der sich ausweitenden Rolle des Militärs in manchen Ländern feststellen. Diese

Tendenz hat sich deutlich auf die Möglichkeit zur Entwicklung der Zivilgesellschaften ausgewirkt. Bewegungsfreiheit und Versammlungsfreiheit sowie freier Zugang zu Informationen sind in diesen Fällen besonders beeinträchtigt, und eine solche Umgebung trägt dazu bei, dass Menschenrechtsverletzungen ungestraft bleiben und dass die Transparenz und Verantwortlichkeit staatlicher Handlungen eingeschränkt ist. Unter diesen Umständen wird die Verteidigung von Menschenrechten besonders gefährlich, und Menschenrechtsverteidiger sind womöglich noch verletzlicher.

Als Reaktion auf die schlechter werdende Situation der Menschenrechtsverteidiger haben die Vereinten Nationen 1998 eine Erklärung zur Situation der Menschenrechtsverteidiger verabschiedet. Einerseits geschah dies in Kenntnis der Gefahr, der sich Menschenrechtsverteidiger ausgesetzt sehen, andererseits war dies ein Schritt, den die internationale Gemeinschaft unternahm, um Normen für den Schutz von Menschenrechtsaktivitäten aufzustellen. Die Erklärung hält fest, dass eine Hauptverantwortung jedes Staates darin besteht, nicht nur die Sicherheit der Menschenrechtsverteidiger zu garantieren, sondern auch für entsprechende Bedingungen zu sorgen, in denen sie ihre Aktivitäten ausüben können. Zur Achtung der Menschenrechte muss selbstverständlich auch gehören, dass die Arbeit derjenigen, die die Menschenrechte verteidigen, legalen Status hat. Staaten müssen daher alle ihnen möglichen Maßnahmen ergreifen, um eine Umgebung zu schaffen, die der Verteidigung der Menschenrechte dienlich ist.

Unabhängigkeit, Glaubwürdigkeit und Transparenz sind Eckpfeiler für jegliche Bemühung um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte. Menschenrechtsverteidiger ihrerseits müssen das Prinzip der Gewaltlosigkeit respektieren und sich völlig darüber im Klaren sein, dass Transparenz, Objektivität, Unvoreingenommenheit und Genauigkeit bei der Übermittlung von Informationen grundlegende Elemente für alle ihre Aktivitäten sein müssen. Nur durch diese Eigenschaften können die Menschenrechtsverteidiger sich den Respekt für ihre Arbeit erhalten und jeden Versuch abwenden, sie in Misskredit zu bringen oder ihr öffentliches Image zu unterwandern.

Öffentliche Unterstützung für die Aktivität von Menschenrechtsverteidigern ist selbst auch schon ein wichtiges Mittel zu ihrem Schutz. Diese Unterstützung kann durch wachsendes öffentliches Bewusstsein und Verständnis für ihre Bemühungen und für die Auswirkungen und Folgen der Politik und der Praktiken, die sie ausmerzen oder fördern wollen, entstehen und verstärkt werden. Die UN-Erklärung kann in dieser Hinsicht ein wirksames Werkzeug sein. Auch die Medien können eine wichtige Rolle spielen, indem sie die öffentliche Meinung zur Unterstützung der Menschenrechtsverteidiger mobilisieren und Informationen über die UN-Erklärung verbreiten.

Die UN-Erklärung überträgt der Zivilgesellschaft eine "Rolle und Verantwortung bei der Sicherung der Demokratie, bei der Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und beim Beitrag zur Förderung und weiteren Entwicklung demokratischer Gesellschaften, Einrichtungen und Verfahren". Menschenrechtsverteidiger können diese Verantwortung nur wirksam erfüllen, wenn sie ein sicheres und sie unterstützendes Umfeld haben, in dem sie ihre Funktion ausüben können. Jedes Engagement zur Verteidigung der Menschenrechte, auf nationaler, regionaler oder internationaler Ebene muss sich daher daran messen lassen, welches Maß an Sicherheit Menschenrechtsverteidiger bei der Ausübung ihrer Arbeit genießen. Der Schutz von Menschenrechtsverteidigern ist eine gemeinsame Verantwortung der Staaten, der Zivilgesellschaften und der internationalen Gemeinschaft.